

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Berlin, 18. Dezember 2014

TOP 15 a und b

Sehr geehrte Frau Präsidentin/sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

„Iguala ist kein Einzelfall“. Diese Aussage ist leider ebenso traurig wie sie wahr ist. Die Sicherheitslage in Mexiko ist besorgniserregend, und das schon seit vielen Jahren. Der Wechsel im Präsidentenamt von Calderón zu Nieto hat keine grundlegenden Verbesserungen mit sich gebracht. Die Politik scheint machtlos im Kampf gegen die Drogenbanden zu sein. Bewaffnete Auseinandersetzungen der Kartelle um die Kontrolle der Drogenmärkte sind weiterhin an der Tagesordnung. Die allermeisten Straftaten werden nicht aufgeklärt und die staatlichen Organe --Militär, Polizei, Justiz und Verwaltung-- scheinen auf allen Ebenen tief in diese Gewaltspirale verstrickt zu sein. Es wird gefoltert, es wird gemordet und die Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Zwar gibt es immer wieder hoffnungsvolle Initiativen und Maßnahmen zur Festigung des Rechtsstaats und zur Drogenbekämpfung, aber weder die enge Zusammenarbeit mit den USA in Form von gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialprogrammen noch die Einrichtung von Sonderstaatsanwaltschaften zur Verfolgung der Drogenkriminalität oder gar der Einsatz des Militärs haben die gewünschte Wirkung gezeigt.

Mexiko, meine Damen und Herren, hat wichtige internationale Instrumente zum Schutz der Menschenrechte zwar ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt,

aber das Land scheint trotzdem immer mehr in einem Strudel von Gewalt, Straflosigkeit, Kriminalität und Brutalität zu versinken. 98% aller Straftaten bleiben ungesühnt. Gerichtsverfahren laufen nicht objektiv und gerecht ab, Mißbräuche werden nicht geahndet, Folter ist an der Tagesordnung. Tausende Lokalpolitiker haben sich aus Gier oder aus Angst um ihr Leben mit Mördern und Entführern eingelassen. Das ganze politische System ist korrupt.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß die Analyse der sicherheitspolitischen Lage in Mexiko unter uns nicht strittig ist. Angesichts dieser Lage müssen wir uns als Deutscher Bundestag aber die Frage stellen, welche Schlüsse wir für die bilaterale Zusammenarbeit ziehen und welche Forderungen wir an Mexikos Regierung stellen. Was die Tragödie von Iguala betrifft, so müssen wir eine umfassende Untersuchung verlangen, die internationalen rechtstaatlichen Standards entspricht. Der Respekt vor den Opfern verbietet jegliche Art von politischem oder administrativem Versteckspiel. Dies muß der mexikanischen Seite unmißverständlich klar gemacht werden. Es reicht nicht, daß der Bürgermeister von Iguala in Haft ist, der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero zurückgetreten ist und Experten der Universität Innsbruck auf Antrag der Staatsanwaltschaft Müllsäcke mit Asche und Knochenresten untersuchen, bei denen man vermutet, daß es sich um die 43 verschleppten Studenten handelt. Wir verlangen eine umfassende Aufklärung dieses Verbrechens und entsprechende Konsequenzen.

Mexiko, meine Damen und Herren, darf weder von Europa noch von Deutschland alleine gelassen werden. Die Verhandlungen über ein Sicherheitsabkommen müssen fortgesetzt werden. Eine Vereinbarung über den Erfahrungsaustausch beim Rauschgifthandel und bei der Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität ist sinnvoll.

Allerdings müssen wir Bedingungen stellen, die von mexikanischer Seite erfüllt werden müssen. Dabei muß die Frage geklärt werden, welche Rolle Militär und

Bundespolizei im Fall von Iguala gespielt haben. Es muß zugesichert werden, daß Menschenrechtsverteidiger geschützt werden. Es muß gegenüber der mexikanischen Regierung deutlich gemacht werden, daß Korruption und Straflosigkeit auf allen Ebenen bekämpft werden müssen. Aber es darf nicht bei bloßen Zusicherungen bleiben. Vielmehr müssen Erfolge nachgewiesen werden, bevor das Sicherheitsabkommen unterschrieben wird. Und es müssen die Menschenrechtsorganisationen in die Erarbeitung der Vereinbarung einbezogen werden. Ihre Forderungen und Vorschläge müssen Berücksichtigung finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir möchten Mexiko helfen und es nicht sich alleine überlassen. Aus diesem Grunde können wir der Forderung, kein Sicherheitsabkommen abzuschließen, nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen.